

hein.direkt 9

Zeitung der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein für Magdeburg und Schönebeck

Dieser Mindestlohn wirkt nicht

Die Große Koalition hat den Mindestlohn eingeführt. Allerdings wirkt er nicht dort, wo er besonders dringend gebraucht wird. *Von Detlef Kannapin*

Die Große Koalition war vollmundig angetreten und wollte mit Wahlgeschenken wie dem Mindestlohn oder der Mütterrente bei den Wählerinnen und Wählern punkten. Herausgekommen sind kleine Päckchen mit Brosamen, während die große Masse der bedürftigen Bürgerinnen und Bürger mehr Nachteile in ihrer an sich schon bedrückenden Lebensführung hinnehmen muss.

Denn ein gesetzlicher Mindestlohn wird nicht für alle Beschäftigten garantiert, sondern es gibt viele Ausnahmen und Sonderregelungen, sodass bis zu 2,5 Millionen Menschen keinen erhalten. Sie werden

zu Beschäftigten zweiter Klasse degradiert.

Besonders gravierend ist, dass Gruppen am Arbeitsmarkt der Mindestlohn per se verweigert wird. Nicht unter den Mindestlohn fallen Beschäftigte unter 18 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie Langzeiterwerbslose in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung.

Zudem gibt es Sonderregelungen: Zeitungszustellerinnen und -zusteller wurde der Mindestlohn gekürzt. Die erste Anpassung der Höhe erfolgt erst 2018.

Für Saisonarbeitskräfte dürfen die Kosten für Verpflegung und Unterkunft mit dem Mindestlohn verrechnet werden. Praktikantinnen und Praktikanten erhalten erst nach drei Monaten den Mindestlohn.

So wird der Mindestlohn seine Funktion als Lohnuntergrenze gerade dort nicht entfalten, wo sie besonders notwendig ist.

DIE LINKE kämpft weiter für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, von dem man leben kann – und zwar in Höhe von zehn Euro die Arbeitsstunde für alle, ohne Ausnahme.

Editorial



Liebe Leserin,
lieber Leser,

Vor einem Dreivierteljahr wurde die große Koalition gebildet. Was ist seitdem geschehen? Ein zu geringer Mindestlohn und noch mit Ausnahmen bei den Schwächsten, die Mütterrente, bei der Ostkinder weniger Wert sind als Westkinder, die Rente mit 63 wird die Rente ab 65 werden und bestraft diejenigen, die lange arbeitslos waren. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Daneben werden Bürgerinnen und Bürger in diesem Land fröhlich abgehört, vor allem von den USA – die Regierung stört es kaum. Frau von der Leyen will bessere Familienpolitik in der Bundeswehr. Bei vielen Fragen agiert die Bundesregierung am Thema vorbei. Die Steuerpolitik bleibt desaströs, die kalte Progression wird nicht abgebaut. Steuergerechtigkeit nicht hergestellt. DIE LINKE ist zunehmend einzige ernsthafte Opposition im Bundestag.

Wie wir die Sache sehen, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Ihre *Rosemarie Hein*



Bild: Linksfaktion / Frank Schwarz

Themen

Rente (Seite 2)
Schulsozialarbeit (Seite 2)
Stadtrat Magdeburg (Seite 3)
Sommertour 2014 (Seite 4)
Preisrätsel (Seite 4)

Rente: Ungleichheit wird zementiert

Die neue Rentengesetzgebung der Bundesregierung zementiert die Ungleichheit der Rentenansprüche zwischen Ost und West. Warum?

Mütterrente

Mütter und Väter, die Kinder erzogen haben, die vor dem Jahr 1992 geboren wurden, erhalten ab Juli 2014 einen Rentenpunkt mehr. Aber: Für Kinder, die ab 1992 auf die Welt kamen, gibt es mehr Rente als für davor geborene. Für Ostkinder gibt es weniger als für Westkinder.

Außerdem wird die Mütterrente nicht mit Steuern bezahlt, sondern aus der Rentenkasse: Die Zahnarthelferin zahlt die Mütterrente der Zahnärztin, die nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt.

Früher in Ruhestand (Rente ab 63)

Menschen, die zwischen Mitte 1951 und Ende 1952 geboren sind und 45 Jahre Wartezeit haben, dürfen ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. Rund 90 000 Menschen profitieren von dieser Neuerung.

Aber: Menschen, die lange erwerbslos waren, werden diskriminiert und können nicht ab 63 Jahren abschlagsfrei in Rente. Denn Zeiten, in denen sie Arbeitslosenhilfe beziehungsweise Hartz IV beziehen mussten, werden nicht berücksichtigt.

Erwerbsminderung

Menschen, die ab Juli 2014 Erwerbsminderungsrente erhalten, bekommen etwas mehr Geld. Sie erhalten

zukünftig im Durchschnitt rund 36 Euro netto zusätzlich im Monat. Aber: Weiterhin müssen Menschen, die wegen Krankheit nicht mehr arbeiten können, hohe Abschläge bei der Rente verkraften. Auch werden die Zeiten für die Anrechnung der Erwerbsminderungsrente nicht weitreichend genug ausgedehnt. Und: Alle, die jetzt schon Erwerbsminderungsrente erhalten, gehen leer aus. Auch in Zukunft werden deshalb viele Menschen, die Erwerbsminderungsrente beziehen, auf Sozialleistungen angewiesen sein.

Daher gilt für DIE LINKE weiterhin: Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen, kein Renteneintrittsalter mit 67!

Detlef Kannapin



Bild: Mark Seibert

Schulsozialarbeit kommt allen Kindern zugute

Immer wieder wird in Schulleistungsvergleichen festgestellt, dass die Lernleistungen der Schülerinnen und Schüler über weite Strecken unbefriedigend sind.

Das Lernklima und der Stress in den Schulen wachsen, nach der Schule haben es viele schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Dann werden Schuldige gesucht: Die Kinder lernten in der Schule nicht mehr, was sie zum Leben brauchen, sagen die einen. Die Eltern nähmen ihre Verantwortung nicht mehr genügend wahr, die anderen. Betriebe meinen, die Absolventinnen und Absolventen seien nicht ausbildungsreif – und dann kommt die Politik und erfindet Programme. Da werden Potenzialanalysen erstellt, und Berufseinstiegsbegleiter sollen den Übergang ins Berufsleben ebnen. Gleich mehrere Seiten solcher Programme werden in Bildungsberichten aufgelistet.

Nun könnte ich in die Kritik der Zustände munter einstimmen und mir viele genug dringend Verbesserungsbedürftiges ein. Doch um eine Tatsache kommen alle Kritiken nicht herum: Die Lebensumwelt junger Menschen von heute unterscheidet sich deutlich von der ihrer Eltern. Familien sind heute deutlich anders belastet.

Stress in der Arbeit, unsichere Einkommenssituationen, prekäre Lebensverhältnisse und das alles in einer Gesellschaft der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten, des überbordenden Reichtums auf der einen und der bitteren Armut auf der anderen Seite. Twitter, Facebook und Co. machen es möglich: Alle Informationen sind scheinbar überall und unbegrenzt verfügbar. Was kann da Schule leisten?



Bild: pixelio.de / Birgitta Hohenester

Ja, in einer solchen Gesellschaft wachsender globaler Vernetzungen und immer weiter auseinanderklaffender sozialer Gegensätze, in einer Gesellschaft, die auf Leistung getrimmt ist und alle an den Rand drängt, die dem nicht standhalten können, ist eine andere Funktion von Schule erforderlich. Sie darf sich nicht auf die Vermittlung von abfragbarem Wissen beschränken, sie muss auch – jenseits des Bimsens – Raum für die eigene Entwicklung sein, Ort des Austausch, wo man Rat findet und Hilfe in unübersichtlichen Lebenslagen. Das können weder Lehrende noch Eltern alleine mehr leisten.

Darum ist Schulsozialarbeit so wichtig. Als Moderatoren, für die Beratung von Lernenden, Lehrenden und Eltern, als präventive Akteure, die in der Lage sind, Hilfe zu vermitteln. In den letzten Jahren hat sich Schulsozialarbeit zu einer eigenständigen Aufgabe der Jugendhilfe entwickelt, die nicht nur für soziale Brennpunkte gut ist, sondern für alle Schulen und jede Schulform. Konflikte entstehen nämlich nicht nur dort, wo es um soziale Benachteiligung geht, sondern es gibt sie bei Kindern und Jugendlichen aus allen gesellschaftlichen Schichten. Darum fordern wir – übrigens bereits zum zweiten Mal – im Bundestag ein, dass Schulsozialarbeit als eigenständige Aufgabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert wird. Gekoppelt mit einer anteiligen Bundesfinanzierung sollte es dann allen Kommunen möglich sein, schrittweise an allen Schulen Schulsozialarbeit anzubieten. Das entlastet die Lehrenden und die Eltern und kommt Kindern und Jugendlichen in ihrem anstrengenden Lernalltag zugute.

Rosemarie Hein

Abschied vom Stadtrat, doch nicht von der Politik vor Ort

Nach zehn Jahren trat Rosemarie Hein nicht mehr für den Magdeburger Stadtrat an. Ein Blick zurück auf ein bewegendes Jahrzehnt.

Nach zehn Jahren Stadtratsarbeit habe ich mich entschieden, nicht erneut für dieses Mandat zu kandidieren. Ich möchte mich in der neuen Wahlperiode voll auf mein Bundestagsmandat konzentrieren. Es sind neue Aufgaben hinzugekommen, die meine ganze Kraft und mehr Zeit fordern. Mein Hauptthema ist immer noch die Bildungspolitik. Immerhin engagiere ich mich dafür seit vielen Jahren. Erst im Landtag, dann im Stadtrat und seit fünf Jahren im Bundestag.

Doch die Erfahrungen aus drei unterschiedlichen parlamentarischen

Ebenen helfen mir sehr, die Dinge besser einzuschätzen. Hier in der Stadt, in den Landkreisen Sachsen-Anhalts kommt schließlich an, was in Bund und Land beschlossen wird. Die Arbeit im Stadtrat hat bei mir den Blick für die Wirkungen von Politik vor Ort gestärkt. Ich weiß aber auch, was auf jeder Ebene geleistet werden kann und muss.

In der Stadtratsfraktion waren es vor allem die Fragen der Entwicklung von Schulstandorten und die Attraktivität der Magdeburger Schullandschaft. Nachdem bis 2004 so viele Schulstandorte geschlossen werden

mussten, war es mir wichtig, eine ausgewogene Schullandschaft in Magdeburg dauerhaft zu sichern.

Darum habe ich dem Stadtrat auch vorgeschlagen, dem Land die »Verrechnung« der Schülerzahlen zwischen den Schulen der Stadt Magdeburg abzurufen, um Schwankungen der Schülerzahlen in den Einzelschulen ausgleichen zu können (Floating-Modell). Zwar gab es einen Stadtratsbeschluss, aber das Land entschied anders. Immerhin haben wir erreicht, dass es jährlich zwei Ausnahmen geben darf, also zwei Schulen, in denen die Zahlenvorga-

ben des Landes nicht eingehalten werden müssen, um den Erhalt zu sichern.

Bundespolitisch geht es mir um besserer Rahmenbedingungen für Bildung, und ich meine auch, dass der Bund mehr Verantwortung für Bildung übernehmen muss. Das immer wieder einzufordern, erfordert viel Beharrlichkeit. Ein zweites wichtiges Arbeitsfeld – und für mich in dieser Art neu – ist die Arbeit im Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement. Auch dafür brauche ich den Blick für die Dinge vor Ort. Darum werde ich in meinem Wahlkreis aktiv und ansprechbar sein.

Im Stadtrat haben viele neue, auch jüngere Stadträte ihre Arbeit aufgenommen. Sie sind nicht nur neu im Stadtrat, sondern auch in der parlamentarischen Arbeit. Das sind Dennis Jannack, Jenny Schulz, René Hempel, Chris Scheunchen, Karsten Köpp und Andrea Nowotny. Sie sollen in den nächsten Ausgaben meiner Zeitung vorgestellt werden. Mit Chris Scheunchen fangen wir heute an.

Bitte bringen sie den Neuen genauso viel Vertrauen entgegen wie mir. Linke Politik ist bei ihnen in guten Händen.

Rosemarie Hein



Stimme für junge Menschen im Stadtrat

Der Partei DIE LINKE gelang es bei den Kommunalwahlen im Mai, mit erneut 13 Stadträtinnen und Stadträten ins Magdeburger Rathaus einzuziehen. Sieben neue Stadträte erhielten von den Wählerinnen und Wählern das Vertrauen. Zudem stieß ein Stadtrat der Gartenpartei hinzu, sodass eine gemeinsame Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei geschaffen wurde. Diese Mischung aus erfahrenen und neuen Stadträten will in den kommenden Jahren kommunalpolitisch anpacken und einige Projekte und Ideen anschieben, um das Leben in Magdeburg sozial gerechter und kulturell vielfältiger zu machen.

Chris Scheunchen (23), der jüngste in Magdeburg gewählte Stadtrat, ist finanzpolitischer Sprecher der Fraktion und steht uns für ein kurzes Gespräch zur Verfügung:

Stelle dich bitte kurz vor.

Ich bin gebürtiger Altmärker, komme aus Seehausen. Ich bin durch mein Studium nach Magdeburg gekommen und habe hier auch meinen Universi-

tätsabschluss gemacht. Zurzeit studiere ich den weiterführenden Masterstudiengang VWL.

Ich bin seit 2009 in Magdeburg und möchte die Politik in dieser Stadt für alle Menschen mitgestalten

Was sind deine Zielsetzungen als gewählter Stadtrat?

Sehr aktuell ist die Unterbringungssituation von Flüchtlingen. Da hat sich unser Stadt nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Diese muss in den nächsten Jahren unbedingt verbessert werden. Ziel ist eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in Flüchtlingsheimen. Es ist wichtig, eine andere Willkommenskultur in unserer Stadt zu schaffen.

Trotz der finanziell schwierigen Situation wollen wir zukünftig einige Projekte realisieren oder anschieben, die wir als wichtigste Punkte in unserem Wahlprogramm erachten, voran das Projekt des fahrscheinlosen ÖPNV. Ich habe mir auch vorgenommen, eine Stimme für junge



Menschen im Stadtrat zu sein, da diese Gruppe meines Erachtens nach noch nicht so stark vertreten wird.

Was siehst du als größte Herausforderung?

Als größte Herausforderung sehe ich den Fakt, dass ich der jüngste

Stadtrat bin. Ich denke, dass ich oft damit zu kämpfen haben werde, dass ich als jung und unerfahren abgetan werde und mir mit Fachwissen und Redegewandtheit den Respekt der anderen Stadträte erarbeiten muss.

Das Gespräch führte René Hempel

Anschriften

Wahlkreisbüro Magdeburg
 Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
 Telefon: 0391 / 8 19 00 05
 Telefax: 0391 / 8 19 00 06
 rosemarie.hein@wk.bundestag.de
 rosemarie.hein@wk2.bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Telefon: 030 / 22 77 17 89
 Telefax: 030 / 22 77 65 66
 rosemarie.hein@bundestag.de

www.rosemarie-hein.de

Impressum: Redaktionsschluss:
 23. September 2014. Herausgeberin:
 Rosemarie Hein (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Rosemarie Hein,
 Dr. Detlef Kannapin, Torsten Hans,
 René Hempel
Layout: Trialon | **Satz:** Mark Seibert

hein.direkt im Abo

Ich möchte:

- »hein.direkt« kostenlos erhalten
- Den E-Mail-Newsletter erhalten (bitte E-Mail-Adresse angeben)
- Informationen zu bildungspolitischen Themen erhalten
- Informationen zu folgenden Themen erhalten:

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Ort: _____

E-Mail: _____

Kreuzworträtsel

Gewinnen Sie mit Rosemarie Hein: Senden Sie die Lösung an Rosemarie Hein (MdB), Ebendorfer Str. 3, 39108 Magdeburg. Oder per E-Mail an rosemarie.hein.ma04@bundestag.de

1. Preis:
 Eine Reise nach Berlin zum Bundestag mit Führung und Mittagessen für zwei Personen oder Gutscheine über hundert Euro für ein Essen in einem Restaurant ihrer Wahl.

2. Preis:
 Ein Büchergutschein über 30 Euro.

3. Preis:
 Kinogutscheine für zwei Personen

Das Lösungswort lautet:

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

Eine gute Tradition: Die Sommertour von Rosemarie Hein



Rosemarie Hein im Gespräch mit einer Mitarbeiterin des IWK Magdeburg.

Wie in den vorangegangenen Jahren auch, war die Bundestagsabgeordnete Rosemarie Hein auch in diesem Jahr auf einer Sommertour durch den Wahlkreis. Die diesjährige Tour widmete sich vor allen Dingen den Themen Engagementpolitik und Berufsausbildung im Pflegebereich. Zwei Themen also, die auch im Bundestag in das Arbeitsgebiet von Rosemarie Hein fallen.

Den Auftakt bildete ein Besuch bei Magdeburgs Kinderbeauftragter Katrin Thäger. Hier erkundigte sich Rosemarie Hein über das Projekt Spielplatzpatenschaften. Rosemarie Hein, selbst Spielplatzpatin, erfuhr, dass immer mehr Bürger, Firmen und Vereine eine solche Patenschaft übernehmen.

Anschließend informierte sich Rosemarie Hein an der Oskar-Kämmer-Schule über die dortige Ausbildung im Bereich Altenpflege. Es wurde intensiv über das Themenfeld Pflege diskutiert. Die Schulleitung brachte deutlich ihre Wünsche und Erwartungen an die Politik zum

Ausdruck. Rosemarie Hein versprach, die angesprochenen Probleme aufzugreifen und in die parlamentarische Beratung einzubringen.

Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt war der nächste Anlaufpunkt in der Sommertour. Besonders die Situation der Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt und der Landeshauptstadt Magdeburg war hier Gesprächsthema. Die schwierige finanzielle Situation der öffentlichen

Kassen in Sachsen-Anhalt bekommen leider immer wieder auch Institutionen zu spüren, die in diesem Bereich aktiv sind.

Überrascht zeigte sich Rosemarie Hein von der Fülle des Angebotes, das die Volkssolidarität, die vorletzte Station in der Sommertour, für ihre Mitglieder vorhält. Dieses Angebot reicht von Essen auf Rädern über stationäre und ambulante Altenpflege, Sozialberatungen bis hin zu Urlaubsreisen, so Michael Bremer, Geschäftsführer des Landesverbandes der Volkssolidarität.

Den Abschluss der Sommertour bildete ein Besuch des Instituts für Weiterbildung in der Kranken- und Altenpflege. Die zahlreichen Probleme, die auch in dieser Sommertour wieder an Rosemarie Hein herangetragen wurden, werden in den nächsten Wochen und Monaten aufbereitet werden und in Form von Anfragen und Anträgen kann dann hoffentlich zu ihrer Lösung beigetragen werden.

Torsten Hans



Spielplatzpatin Rosemarie Hein besucht »ihren« Spielplatz am Pechauer Platz

Strom in Ostasien	↘	Vertrauensmissbrauch	↘	Rauchfang, Schornstein	↘	Gartenblume	Hahn (in der Fabel)
künstlerisch begabt	→		○ 3				↘
schlechte Gewohnheit	→			○ 4			
→	○ 1			übermenschliches Wesen		Gebetschlusswort	
europ. Kultur-TV-Kanal	Senke im Gelände		altes Apothekergewicht	→			↘
→				○ 2	italienische Tonsilbe	→	
Kurzschrift (Kurzwort)			Kurzwort für Jugendliche(r)	→			
Führung, Führerschaft	→						○ 5

		5		7				
					9		2	
7		1	2		9	6		
9	5			8		3		
		2			3	6		
			7			5	1	
				6			5	9
5	3				9			
				1	5		2	6

			6	5				
7				4		9	5	2
3		5	1					4
		3					4	5
2		7					9	
4			5	2	6		7	
	7				8	5		
		4				7	2	
	9				5		6	